

FÜR FRIEDEN!

FÜR EINE AKTIVE NEUTRALITÄTSPOLITIK!

Heute, am 23. März 2024, wird hier unter dem Titel „Mit dabei sein: Demokratie-Demonstration“ demonstriert. Im Aufruf wird argumentiert, dass unser Staat nicht in die Hände von Parteien und Personen fallen dürfe (gemeint, aber nicht direkt genannt sind die FPÖ und Herbert Kickl), die ein enges Naheverhältnis zum Rechtsextremismus haben. Es würde die reale Gefahr bestehen, dass Demokratie und Rechtsstaat zuerst ausgehöhlt und danach Stück für Stück abgetragen werden. Selbstverständlich sind wir der Auffassung, dass eine solche Gefahr besteht. Und auch, dass einer solchen Entwicklung entschieden Einhalt geboten werden muss.

Im Interesse der Demokratie und des Staates muss allerdings auch klar und deutlich gesagt werden, dass diese Gefahr für Demokratie und den Staat nicht allein auf die FPÖ und Herbert Kickl reduziert werden darf.

Wollen wir wachsam sein, dann müssen wir hinter die für uns auch hier und heute aufgebaute Fassade schauen. Denn die Gefahr ist konkret bereits so, dass unsere Ängste gegen uns verwendet werden. Tatsache ist, dass politische wie wirtschaftliche Interessen längst unsere staatliche, die politische und die mediale, gesellschaftliche Wirklichkeit zu unser aller Schaden seit langem zunehmend – gegen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung – auch von der ÖVP, den Grünen, der SPÖ und von NEOS untergraben wird.

In der EU-Parlaments-Resolution RC-B9-0143/2024 vom 28. 2. 2024 wurde ein Mehrheitsbeschluss gefasst, der die EU auf Kriegskurs gegen Russland bringen soll. Selbstverständlich wird diese Entscheidung von den Medien totgeschwiegen.

Neun österreichische EU-Abgeordnete, mit Ausnahme der FPÖ-Abgeordneten, haben sich unter anderem sowohl für die weitere und uneingeschränkte militärische Unterstützung der Ukraine als auch für die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine ausgesprochen.

Die österreichischen Abgeordneten zum EU-Parlament, die durch ihre Zustimmung zum vorliegenden Entschließungsantrag unzweifelhaft unsere Bundesverfassung brechen, indem sie sich für Kriegstreiberei und gegen ihre Pflicht zur immerwährenden Neutralität entschieden haben:

Othmar Karas, Lukas Mandl, Barbara Thaler, Andreas Schieder, Hannes Heide, Günther Sidl, Sarah Wiener, Thomas Waitz, Claudia Gamon. Wo sich die Abgeordneten Alexander Bernhuber, Theresa Bielowski, Wolfram Pirchner, Evelyn Regner, Christian Sagartz, Monika Vana und Angelika Winzig während dieser derart wichtigen EU-Parlamentssitzung befunden haben, beziehungsweise, was sie stattdessen zu erledigen hatten, sollte ebenfalls hinterfragt werden.

Aus unserer Sicht ist die Zustimmung der österreichischen EU-Abgeordneten ein **eklatanter Bruch mit Österreichs Neutralitätsauftrag**. Mit der Zustimmung von Andreas Schieder, Ottmar Karas, Sara Wiener, Claudia Gammon und anderen wurde darüber hinaus auch beschlossen, dass Österreich 0,25% seines BIP an die Ukraine zahlt. Es handelt sich bei diesen 0,25% um 1, 17 Milliarden Euro jährlich für weitere MILITÄRISCHE Unterstützung (!) der Ukraine. Mit Sky Shield wurde auch eine weitere Aufrüstung Österreichs beschlossen. Das und noch weit mehr ist in keinsten Weise mit Österreichs Neutralität vereinbar und verlangt nach einer rechtlichen Untersuchung.

Textauszüge aus dem Originaldokument des EU-Parlaments:

*11. ...ist der Ansicht, dass es keine selbst auferlegten Beschränkungen der militärischen Unterstützung für die Ukraine geben sollte; weist darauf hin, dass zwischen den Mitgliedstaaten der EU enorme Unterschiede bei der von ihnen geleisteten militärischen Unterstützung in Prozent ihres BIP bestehen; fordert, dass die notwendigen Investitionen in die industrielle Basis der europäischen Verteidigung getätigt werden, damit die Produktion erheblich gesteigert werden kann, um den Bedarf der Ukraine zu decken und die erschöpften Bestände der Mitgliedstaaten der EU aufzufüllen; betont, dass die Ukraine insbesondere hochentwickelte Luftabwehrsysteme, Marschflugkörper mit großer Reichweite wie die Systeme Taurus, Storm Shadow bzw. Scalp usw., moderne Kampfflugzeuge, verschiedene Arten von Artillerie und Munition (insbesondere Artilleriemunition des Kalibers 155 mm) sowie Drohnen und Waffen benötigt, um Angriffe abzuwehren; unterstützt den Vorschlag, **dass alle Mitgliedstaaten der EU und alle Verbündeten in der NATO die Ukraine militärisch mit mindestens 0,25 % ihres BIP jährlich unterstützen sollten; fordert, ...***

Die Justiz ist gefordert! Die Justiz darf in einem solchen Fall nicht wegsehen. Sie muss sich mit dem Vorgehen der Mandatare, wie auch mit dem Agieren der Parteien, die dieses Vorgehen sanktioniert haben, befassen und entsprechend handeln. Das verlangt von uns, die Verantwortlichen und die Gerichte nicht aus ihrer Pflicht zu entlassen.

Wir sind gefordert! Lassen wir uns nicht manipulieren!

Für Frieden und Neutralität!

Gegen Sanktionspolitik und für sozialen Fortschritt!

Gegen Zensur und für eine starke souveräne Demokratie!

EU-Kriegsresolution:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2024-0143_DE.html

Initiative Plattform Demokratie

Impressum/Herausgeber: Initiative Plattform Demokratie; <https://www.plattformdemokratie.at/uber-uns>; Ansprechpartner: Andreas Wimmer.

Kontakt: office@plattformdemokratie.at; Wien, am 23.3.2024.